

## BEDINGUNGEN FÜR DIE TIER-ERTRAGSSCHADENVERSICHERUNG

(gültig ab 1. Jänner 2019)

### Inhaltsverzeichnis

Artikel 1	Umfang des Versicherungsschutzes
Artikel 2	Dauer der Versicherung, Kündigung
Artikel 3	Antrag und Änderungsanzeige
Artikel 4	Beginn und Ende der Haftung
Artikel 5	Versicherungssumme
Artikel 6	Pflichten des Versicherungsnehmers im Schadensfall
Artikel 7	Entschädigung
Artikel 8	Prämie
Artikel 9	Änderung der Versicherungsbedingungen und der Tarife
Artikel 10	Besitzwechsel
Artikel 11	Gerichtsstand, Zustellung
Artikel 12	Sonstige Bestimmungen

### Artikel 1

#### Umfang des Versicherungsschutzes

- Die Österreichische Hagelversicherung – Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, im Folgenden kurz Versicherer genannt, ersetzt ihren Mitgliedern, im Folgenden Versicherungsnehmer (VN) genannt, Schäden an Rindern und Schweinen infolge von ausgewählten anzeigepflichtigen Tierseuchen gemäß Ziffer 3, wobei folgende Bestimmungen einzuhalten sind:
  - Die Tierseuche wurde unter Berücksichtigung der geltenden gesetzlichen Bestimmungen behördlich festgestellt;
  - Der Tierbestand war zum Zeitpunkt des Versicherungsabschlusses seuchenfrei;
  - Es waren keine tierseuchenrechtlichen Bekämpfungsmaßnahmen zum Zeitpunkt des Versicherungsabschlusses angeordnet;
  - Es lag kein verdächtiger Untersuchungsbefund zum Zeitpunkt des Versicherungsabschlusses vor.
- Ein Schadensfall für anzeigepflichtige Tierseuchen liegt vor, wenn der gesamte versicherte Betrieb oder eine Betriebsstätte aufgrund einer anzeigepflichtigen Tierseuche bei Rindern oder Schweinen behördlich gesperrt wurde, oder sich aufgrund einer Verordnung in einer Schutz- oder Überwachungszone befindet und dadurch eine Vermarktung der Tiere oder deren Produkte nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Eine Keulung liegt vor, wenn Tiere vorsorglich auf Anordnung der Behörde getötet werden, um eine Weiterverbreitung von Tierseuchen zu verhindern. Eine Tötung liegt vor, wenn Tiere aus Tierwohlproblemen bei Betriebssperren, zur Krankheitsbestimmung, oder anderen Gründen getötet werden müssen.
- Versicherte anzeigepflichtige Tierseuchen für Rinder (kurz: R) und Schweine (kurz: S):
  - Wutkrankheit (R, S)
  - Maul- und Klauenseuche (R, S)
  - Milzbrand (R, S)
  - Rauschbrand (R, S)
  - Wild- und Rinderseuche (R)
  - Lungenseuche der Rinder (R)
  - Rinderpest (R)
  - Tuberkulose (R)
  - TSE bei Rindern (einschließlich BSE) (R)
  - Blauzungkrankheit (R)

- Rift Valley Fieber bei Wiederkäuern (R)
  - Lumpy Skin Disease bei Wiederkäuern (R)
  - Stomatitis vesicularis (R, S)
  - Brucellose der Rinder (R) und Schweine (S)
  - Enzootische Rinderleukose (Rinderleukämie) (R)
  - Afrikanische Schweinepest (S)
  - Klassische Schweinepest (S)
  - Ansteckende Schweinelähmung (S)
  - Vesikuläre Virusseuche der Schweine (S)
  - Aujeszky'sche Krankheit bei Hausschweinen (S)
- Schweinehaltende Betriebe können zusätzlich Schäden, die durch Tod von Schweinen (Verenden oder Nottötung) infolge von Ausfall der Lüftungsanlage durch direkten/indirekten Blitzschlag, Kurzschluss, Stromausfall, Stromschwankungen oder Elementarschäden entstehen, optional mitversichern. Eine Nottötung ist jede Tötung eines Schweines, dessen Tod trotz tierärztlicher Behandlung innerhalb von 48 Stunden zu erwarten ist. Eine Schlachtung aus wirtschaftlichen Gründen ist keine Nottötung. Die Bestimmungen des Tierschutzgesetzes idgF. sind entsprechend einzuhalten.
  - Nicht versichert sind Schäden, infolge von
    - einer fehlenden Alarmanlage der Lüftungsanlage;
    - unterlassenen veterinärmedizinischen Behandlungen;
    - Nichtbeachten der gesetzlichen Vorschriften und behördlichen Anweisungen;
    - Fehlern und Mängeln, die bereits bei Abschluss der Versicherung vorhanden waren;
    - einer Stromabschaltung durch den Energieversorger;
    - Marktpreisveränderungen;
    - Tierseuchen, wenn trotz behördlicher Erlaubnis die übliche Produktion (samt Verbringung bzw. Vermarktung) nicht umgehend wiederaufgenommen wird oder durch schuldhaftes Verhalten des VN die behördlichen Maßnahmen länger aufrechterhalten werden müssen.
  - Für Schäden, für die Ersatzanspruch gegen Bund, Länder oder eine andere Versicherung besteht, wird keine Entschädigung geleistet.
  - Sind für einen Krankheitsausbruch mehrere Ursachen verantwortlich, von denen einzelne nicht zu den versicherten Risiken gezählt werden, so reduziert der Versicherer die Leistungen im Verhältnis des Schadensausmaßes durch die versicherten Risiken zum Schadensausmaß durch die nicht versicherten Risiken.
  - Versicherbar gegen Schäden infolge von anzeigepflichtigen Tierseuchen gemäß Ziffer 3 sind nachstehende Produktionsrichtungen:

**Rinder:**

    - Milchproduktion
    - Mutterkuhhaltung
    - Rindermast
    - Kalbinnenaufzucht

**Schweine:**

    - Jungsauen-/Jungeberproduktion
    - Schweinemast
    - Ferkelerzeugung

### Artikel 2

#### Dauer der Versicherung, Kündigung

- Verträge werden auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und können von beiden Vertragspartnern zum Ende jedes

Kalenderjahres schriftlich eingeschrieben gekündigt werden. Eine Kündigung muss dem Vertragspartner spätestens am 30. September zugegangen sein.

2. Nach Eintritt eines Versicherungsfalles ist jeder Vertragspartner berechtigt, das Versicherungsverhältnis für den Schluss der Versicherungsperiode zu kündigen. Versicherungsperiode ist das Kalenderjahr. Eine Kündigung ist nur bis zum Ablauf eines Monats seit dem Abschluss der Verhandlungen über die Entschädigung zulässig.
3. Eine Kündigung muss vom VN selbst oder von einem Bevollmächtigten mit gleichzeitig nachgewiesener Vollmacht unterzeichnet sein.

### **Artikel 3 Antrag und Änderungsanzeige**

1. Der Antrag ist schriftlich beim Versicherer einzubringen. Alle Tiere je Produktionsrichtung gemäß Artikel 1 Ziffer 8 eines Betriebes sind gegen das Risiko Tierseuchen zu versichern. Gegen das Risiko Lüftungsausfall sind grundsätzlich alle Tiere der beantragten Produktionsrichtung zu versichern, sofern die nachstehende Voraussetzung für die Versicherbarkeit erfüllt ist. Voraussetzung ist, dass die Lüftungsanlage über eine netzunabhängige akustische Alarmanlage und/oder über eine Alarmierung per SMS verfügt. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, ist jener Teil zu versichern, für den die Voraussetzung für dieses Risiko zutrifft.
2. Der Antrag ist auf einem Formblatt des Versicherers wahrheitsgetreu und vollständig für alle zu versichernden Produktionsrichtungen auszufüllen.
3. Die Antragstellung und Vertragsänderungen sind jederzeit in der laufenden Versicherungsperiode möglich.
4. Der Antrag gilt als angenommen, wenn er nicht binnen drei Wochen nach seinem Eingang beim Versicherer von diesem abgelehnt worden ist.
5. Eine Veränderung der Anzahl der Tiere am Betrieb von mehr als 10 % ist dem Versicherer unverzüglich schriftlich bekannt zu geben.
6. Der Versicherer behält sich das Recht vor, einen Ausdruck über die Anzahl der Tierplätze bzw. über die Anzahl der gehaltenen Tiere aus dem Veterinärinformationssystem (VIS), dem elektronisch geführten Herdenmanagementprogramm oder aus der Tierliste des aktuellen AMA-Mehrfachantrages sowie aus der Rinderdatenbank vom Versicherungsnehmer, getrennt nach Betriebsstandorten, einzufordern.
7. Für den Fall, dass der VN aufbauend auf einen Gruppenvertrag durch einen Dritten, eine individuelle Höherversicherung desselben Versicherungsgegenstandes beantragt, muss der Bestand der jeweiligen Produktionsrichtung mit dem Bestand des Gruppenvertrages der gleichen Produktionsrichtung übereinstimmen.

### **Artikel 4 Beginn und Ende der Haftung**

1. Die Haftung für Schäden durch anzeigepflichtige Tierseuchen gemäß Artikel 1 Ziffer 3 beginnt am 60. Tag um 00:00 Uhr nach Einlangen des Antrages beim Versicherer.
2. Bei einem zusätzlich, zu einem bestehenden Agrar Rind-Vertrag (gemäß „Ergänzende Bedingungen für die Versicherung von Rindern - Agrar Rind“), abgeschlossenen Neuvertrag beginnt die Haftung für das Risiko Sperre mit Keulung von Rindern am Betrieb des VN (inkludiert Keulungen zur Verhinderung der Ausbreitung von Seuchen) für die Standardwerte der Agrar Rind nach Einlangen des Antrages beim Versicherer am Folgetag um 00:00 Uhr und läuft bis zum 60. Tag um 00:00 Uhr. Werden niedrigere Tier- und Leistungswerte abweichend von den Standardwerten der Agrar Rind festgelegt, beginnt die Haftung für das Risiko

Sperre mit Keulung von Rindern am Betrieb des VN mit den niedrigeren Entschädigungswerten am Folgetag um 00:00 Uhr. Die Haftung für das Risiko einer behördlichen „Sperre ohne Keulung“ am Betrieb des VN (Sperr- und Überwachungszone) samt den individuell gewählten Werten beginnt am 60. Tag um 00:00 Uhr nach Einlangen des Antrages beim Versicherer.

3. Die Haftung für Schäden durch Lüftungsausfall beginnt am 15. Tag um 00:00 Uhr nach Einlangen des Antrages beim Versicherer.
4. Werden innerhalb der Wartezeit behördliche Maßnahmen im Zusammenhang mit anzeigepflichtigen Tierseuchen am Betrieb des VN gesetzt, so hat der Versicherer das Recht, vom Vertrag zurückzutreten. Der VN hat den Versicherer darüber unmittelbar in Kenntnis zu setzen. Tritt der Versicherer vom Vertrag nicht zurück, beginnt die Haftung am 60. Tag um 00:00 Uhr nach Beendigung sämtlicher behördlicher Maßnahmen.
5. Bei Bekanntgabe einer Bestandsvergrößerung gemäß Artikel 3 Ziffer 5 beginnt die Haftung für die neu beantragten Tiere gemäß Ziffer 1, 2, 3, und 4.
6. Bei Abgang von versicherten Tieren endet die Haftung zum Zeitpunkt des Besitzwechsels.

### **Artikel 5 Versicherungssumme**

1. Die Versicherungssumme je Produktionsrichtung für das Risiko Tierseuchen ist von der Anzahl der am Antrag bekanntgegebenen Tiere/Tierplätze, von dem vom VN am Antrag gewählten Entschädigungssatz pro Sperrwoche und von der Höhe der Einmalzahlung im Falle einer Sperre mit Keulung abhängig. Der Entschädigungssatz pro Sperrwoche ist von der biologischen Leistung/Anzahl der Umtriebe pro Jahr und vom Produktpreis abhängig.
2. Die Versicherungssumme für das Risiko Lüftungsausfall wird vom Versicherer pro Tier/Tierplatz festgelegt.

### **Artikel 6 Pflichten des Versicherungsnehmers im Schadensfall**

1. Der VN hat den Schadensfall (Sperre) sofort binnen 24 Stunden dem Versicherer telefonisch und online/schriftlich zu melden.
2. Der VN ist verpflichtet
  - a. bei Lüftungsausfall eine tierärztliche Bestätigung über die Schadensursache und über die Anzahl sowie das Gewicht der verendeten/notgetöteten Schweine je Tierkategorie zu übermitteln,
  - b. sämtliche Dokumente über die angeordneten behördlichen Maßnahmen oder Genehmigungen für Verbringung und Vermarktung im Schadensfall durch Tierseuchen und sämtliche Untersuchungsergebnisse vorzuweisen,
  - c. dem Versicherer oder dessen Beauftragten jede mit dem Schaden zusammenhängende Auskunft wahrheitsgetreu zu erteilen, sowie Tierkörperentsorgungsbestätigungen mit Gewichtsangaben, Tierarztbelege, Zukaufs- und Verkaufsrechnungen, Ein- und Ausstallungsdaten der Stallabteile, Abrechnungen von Schlachttieren inklusive Gewichtsangaben, Klassifizierungsprotokolle, Milchgeldabrechnungen, Leistungskontrollverbandsdaten (LKV) über die durchschnittliche Milchleistung pro Tag und sonstige Abrechnungen und Auszüge aus dem Stallregister der AMA Rinderdatenbank sowie dem Veterinärinformationssystem und dem elektronisch geführten Herdenmanagementprogramm und der Tierliste des aktuellen AMA-Mehrfachantrages zur Feststellung der gesamten und im Schadensfall betroffenen Tieranzahl je Produktionsrichtung gemäß

Artikel 1 Ziffer 8 und Betriebsstandort vorzulegen und eine Durchführung der Schadensabwicklung vor Ort zu ermöglichen.

3. Verletzt der VN eine der in Ziffer 1 und 2 beschriebenen Pflichten, so ist der Versicherer von der Verpflichtung zur Leistung frei.

## **Artikel 7 Entschädigung**

### **1. Tierseuchen gemäß Artikel 1 Ziffer 3:**

Entschädigungsfähig sind Milch- und Mutterkühe nach erfolgter Abkalbung mit Vollendung des 23. Lebensmonats (LM), Aufzuchtkalbinnen und Mastrinder > 8 Lebenswochen, Muttersauen > 270 Tage und Mastschweine > 30 kg. Tiere, die während der Sperrzeit in andere Produktionskategorien hineinwachsen (männliche Kälber zu Mastrinder; weibliche Kälber zu Aufzuchtkalbinnen; Aufzuchtkalbinnen zu Milchkühen; Ferkel zu Mastschweinen/Jungsauen/Jungeber; Jungsauen zu Muttersauen usw.) werden mit dem am Tag der vorläufigen Sperre ermittelten Alter und der Produktionskategorie entschädigt.

Später geborene oder nicht an Tierseuchen verendete Tiere werden in der Entschädigung für das Risiko Sperre mit und ohne Keulung nicht berücksichtigt.

#### **a) Wöchentliche Entschädigung und Einmalzahlung:**

Die Entschädigung je Produktionsrichtung im Falle einer behördlich angeordneten Sperre mit Keulung der Tiere entspricht dem vom VN am Antrag gewählten Entschädigungssatz pro Sperrwoche multipliziert mit der tatsächlichen Anzahl der gekeulten Tiere, maximal jedoch mit der am Antrag bekanntgegebenen Anzahl der Tiere. Es kommt je Schadensfall ein Selbstbehalt in der Höhe der Entschädigung für zwei Sperrwochen zur Anwendung. Zusätzlich werden die in Zusammenhang mit der Keulung oder einer behördlich angeordneten Desinfektion entstehenden Kosten durch erhöhten Managementaufwand mit der am Antrag bekanntgegebenen Einmalzahlung für die tatsächlich gekeulten, maximal jedoch für die am Antrag bekanntgegebene Anzahl der Tiere, entschädigt, sofern kein Anspruch auf eine Entschädigung durch Bund, Länder oder andere Versicherungen besteht.

#### **b) Keulungs-, Gülle- und Festmistentsorgungskosten:**

Im Falle einer behördlich angeordneten Keulung werden die Kosten der Tötung der Tiere sowie im Falle einer behördlich angeordneten Entsorgung von Gülle oder Festmist die Kosten der Entsorgung unter Abzug eines Selbstbehaltes von 10 % entschädigt. Die geeignete Art der Tötung wird vom zuständigen Veterinär gemäß Tierseuche, Tierart und unter Berücksichtigung der Schadensminimierung ausgewählt. Voraussetzung ist, dass die Rechnung über die Tötungskosten (exklusive sonstiger Kosten, wie etwa die Tierkörperentsorgung) und Entsorgungskosten dem Versicherer übermittelt wird. Der Versicherer ersetzt die Tötungskosten/Entsorgungskosten maximal bis zu einer marktüblichen Höhe.

#### **c) Wiedereinstellung Milchkühe:**

In der Produktionsrichtung Milchproduktion wird nach einer Keulung des gesamten Milchkuhbestandes bzw. Teilkeulung des Milchkuhbestandes und erfolgter Wiedereinstellung von Milchkühen für gekeulte Milchkühe zusätzlich die zu erwartende verminderte Milchleistung pauschal für maximal die am Antrag bekanntgegebene Anzahl der Milchkühe entschädigt. Die Berechnung beginnt mit der tatsächlichen Wiedereinstellung der einzelnen Milchkühe und endet spätestens 20 Wochen nach der behördlichen Aufhebung der Sperre. Entschädigt werden dabei 25 %

des Entschädigungssatzes pro Woche der am Antrag bekanntgegebenen Tabelle „Sperre ohne Keulung“.

#### **d) Wöchentliche Entschädigung gesperrter Milchkühe:**

Die Entschädigung im Falle einer angeordneten Sperre ohne Keulung der Tiere sowie bei Teilkeulungen für gesperrte Tiere entspricht bei der Produktionsrichtung Milchproduktion dem vom VN am Antrag gewählten Entschädigungssatz pro Kalenderwoche multipliziert mit der tatsächlichen Anzahl der betroffenen Tiere, maximal jedoch mit der am Antrag bekanntgegebenen Anzahl der Tiere. Es kommt ein Selbstbehalt in der Höhe der Entschädigung für zwei Sperrwochen zur Anwendung.

#### **e) Übermasttiere:**

Bei den Produktionsrichtungen Rindermast und Schweinemast werden im Falle einer angeordneten Sperre ohne Keulung die Übermasttiere mit 15 % des am Antrag gewählten Wertes pro Masttier entschädigt, wenn die Schlachtung maximal einen Monat nach der behördlichen Aufhebung der Sperre erfolgt. Übermasttiere sind Rinder mit einem Schlachtgewicht (kalt) größer als 460 kg und Mastschweine größer 102 kg. Hat der Betrieb in den 12 Monaten vor Schadenseintritt mit mindestens 50 % seiner vermarkteten Tiere der Produktionsrichtungen Rindermast oder Schweinemast an einem Qualitätsprogramm teilgenommen, so werden die Schlachtgewichtsobergrenzen der jeweiligen Richtlinien des Qualitätsprogramms berücksichtigt. In der Produktionsrichtung Jungsauen-/Jungeberproduktion erhält der Betrieb für alle geschlachteten Jungsauen/Jungeber mit einem Alter > 6 Lebensmonate innerhalb der Sperrzeit die Differenz zwischen dem gewählten Jungsauen-/Jungeberpreis am Antrag und dem erzielten Schlachtpreis inklusive Mehrwertsteuer. In den Produktionsrichtungen Mutterkuhhaltung und Kalbinnenaufzucht wird im Falle einer angeordneten Sperre ohne Keulung der Tiere keine Entschädigung geleistet.

#### **f) Fälligkeit:**

Die Entschädigung wird fällig, sobald der Versicherer von der Aufhebung der behördlich angeordneten Sperre Kenntnis erlangt, spätestens nach Abschluss der Erhebungen zur Feststellung des Schadens und der damit zusammenhängenden verwaltungstechnischen Abwicklung. Vor diesem Zeitpunkt kann der Versicherer Teilzahlungen leisten.

#### **g) Haftungsdauer und Genehmigung zur Verbringung und Vermarktung:**

Die maximale Haftungsdauer für einen Schaden durch Tierseuchen beträgt 52 Wochen ab dem Schadensdatum. Wird bei Teilkeulung oder Sperre ohne Keulung innerhalb der Sperrzeit behördlich die Vermarktung bzw. Verbringung vor Aufhebung der behördlichen Sperre genehmigt, reduziert dies die Anzahl der Wochen für die wöchentliche Entschädigung gesperrter Tiere gemäß lit. d (gesperrte Milchkühe) sowie sinngemäß die Entschädigungen gemäß lit. e (Übermasttiere), k (erhöhte Futterkosten Mast), l (erhöhte Futterkosten Ferkelerzeugung), m (verzögerte Belegung), und n (Leerstand) um die Anzahl der Wochen mit Vermarktungs-/Verbringungsgenehmigung innerhalb der Sperrzeit. Bei zeitlichen Überschneidungen einzelner Schadensfälle, die eine Sperre des Betriebes des VN verursachen, beträgt die maximale Haftungsdauer 52 Wochen ab dem ersten Schadensdatum.

#### **h) Kündigung vor Ende der Haftungsdauer:**

Kündigt der VN mit Ende des Kalenderjahres, so wird die Entschädigung maximal bis zum Ende der Versicherungsperiode berechnet und ausbezahlt.

#### **i) Wiedereinstellung Muttersauen:**

In den Produktionsrichtungen Ferkelerzeugung und Jungsauen-/Jungeberproduktion wird nach einer Keulung des gesamten bzw. Teilkeulung des

Sauenbestandes zusätzlich der zu erwartende Einkommensausfall bis zur Wiederaufnahme der Vollproduktion pauschal für die Anzahl tatsächlich wiedereingestallter Muttersauen, maximal für die am Antrag bekanntgegebene Anzahl an Muttersauen, entschädigt werden dabei 25 % des Entschädigungssatzes pro Woche der am Antrag bekanntgegebenen Tabelle „Sperrung mit Keulung“ für einen Zeitraum von 52 Wochen.

**j) Behördliche Tötungen:** Im Falle einer Sperrung ohne Keulung werden in den Produktionsrichtungen Ferkelerzeugung, Jungsauen-/Jungeberproduktion und Schweinemast Tötungen ab der 4. Sperrwoche, in der Produktionsrichtung Rindermast ab der 12. Sperrwoche, entschädigt, wenn die Behörde und in weiterer Folge der VN keine Möglichkeit haben, durch die behördlichen Maßnahmen verursachte Tierwohlprobleme zu lösen. Der Amtstierarzt muss die Notwendigkeit einer Tötung schriftlich bestätigen. Die Höhe der Entschädigung beträgt 60 % des am Antrag gewählten Tierwertes bzw. Schlachtlöses, unabhängig davon, wie alt oder wie schwer die getöteten Tiere tatsächlich sind. Die Tötungskosten werden nach Vorlage der Rechnung unter Abzug von 10 % Selbstbehalt entschädigt. Der Versicherer ersetzt die Tötungskosten maximal bis zu einer marktüblichen Höhe.

**k) Erhöhte Futterkosten bei Schweine- und Rindermast:** In der Produktionsrichtung Schweinemast werden im Falle einer Sperrung ohne Keulung ab der 4. Sperrwoche erhöhte Futterkosten entschädigt. Entschädigt werden dabei einmalig 5 % des am Antrag gewählten Schlachtlöses für alle Übermasttiere mit einem erhöhtem Schlachtgewicht gemäß lit. e, die zwischen Beginn der 4. Sperrwoche und maximal einen Monat nach der behördlichen Aufhebung der Sperrung geschlachtet werden. In der Produktionsrichtung Rindermast werden im Falle einer Sperrung ohne Keulung ab der 12. Sperrwoche erhöhte Futterkosten entschädigt. Entschädigt werden dabei einmalig 5 % des am Antrag gewählten Tierwertes für alle Übermasttiere mit einem erhöhten Schlachtgewicht gemäß lit. e, die zwischen Beginn der 12. Sperrwoche und maximal einen Monat nach der behördlichen Aufhebung der Sperrung geschlachtet werden.

**l) Erhöhte Futterkosten bei Ferkelerzeugung:** In der Produktionsrichtung Ferkelerzeugung werden im Falle einer Sperrung ohne Keulung ab der 4. Sperrwoche erhöhte Futterkosten entschädigt. Entschädigt werden dabei einmalig 5 % des am Antrag gewählten Ferkelpreises für alle Ferkel, die zwischen Beginn der 4. Sperrwoche und maximal einen Monat nach der behördlichen Aufhebung der Sperrung, mit mehr als 31 kg Lebendgewicht verkauft werden. Werden die Ferkel in einer Gruppe verkauft, so muss das Durchschnittsgewicht der Gruppe über 31 kg liegen.

**m) Verzögerte Belegung:** In den Produktionsrichtungen Ferkelerzeugung, Jungsauen-/Jungeberproduktion, Mutterkuhhaltung und Milchproduktion wird der Ausfall einer geplanten Belegung der Muttertiere entschädigt. Für den Fall, dass eine geplante Belegung von Muttertieren aufgrund einer behördlichen Anordnung nicht möglich ist, erhält der VN für die Dauer der Verzögerung eine Entschädigung in der Höhe der gewählten Entschädigung für eine Sperrung mit Keulung. Der Entschädigungszeitraum beginnt mit dem Datum der ersten geplanten und aufgrund der Sperrung nicht durchführbaren Besamung und endet mit dem ersten nach der Sperrung möglichen Besamungszeitpunkt. Die ersten 2 Wochen dieses Zeitraumes werden dabei als Selbstbehalt abgezogen. Die Auszahlung erfolgt, nachdem der VN die betroffene Anzahl an Muttertieren

und die Besamungszeitpunkte nachvollziehbar vorgelegt hat.

**n) Leerstand von Mastplätzen:** In den Produktionsrichtungen Schweinemast und Rindermast wird eine verzögerte Wiedereinstellung aufgrund einer behördlichen Sperrung entschädigt. Für den Fall, dass eine geplante Einstallung in leerstehende Stallungen aufgrund einer behördlichen Sperrung nicht möglich ist, erhält der VN für die Dauer der Verzögerung eine Entschädigung in der Höhe der gewählten Entschädigung für eine Sperrung mit Keulung. Basis ist die Anzahl der aufgrund einer behördlichen Sperrung leerstehenden Mastplätze, sofern der VN nachweisen kann, dass diese während des Sperrzeitraumes neu befüllt worden wären. Die ersten 2 Wochen des Leerstehens innerhalb des Sperrzeitraumes werden dabei als Selbstbehalt abgezogen. Die Auszahlung erfolgt, nachdem der VN die betroffene Anzahl an leerstehenden Mastplätzen nachvollziehbar vorgelegt hat.

**o) Sind behördliche Tötungen und Entsorgungen von Mutterkühen, Milchkühen, Kalbinnen und Muttersauen über die TKV als unmittelbare Folge der behördlichen Sperrung mit Keulungen am Betrieb des VN nötig, werden die im Zusammenhang mit der behördlichen Tötung entstehenden Kosten durch den erhöhten Managementaufwand mit der am Antrag bekanntgegebenen Einmalzahlung (für gekeulte Tiere gemäß lit. a) je notgetötetes Tier entschädigt. Die Tötungskosten der behördlichen Tötung werden gemäß lit. b entschädigt.**

## 2. Lüftungsausfall:

**a) Die Entschädigung für Muttersauen, Läufer, Mastschweine und Ferkel erfolgt auf Basis der Notierungspreise (plus Mehrwertsteuer) der Österreichischen Schweinebörse zum Zeitpunkt des Schadensereignisses. Bei Muttersauen, Läufern und Mastschweinen kommt der aktuelle Schlachtpreis je kg und bei Ferkeln der Ferkelpreis (31 kg) pro kg Lebendgewicht zur Anwendung. Bei Jungsauen/Jungeber wird der durchschnittliche Jungsauen-/Jungeberpreis pro Stück anhand der Verkaufsrechnungen der letzten 12 Monate des VN ermittelt. Sofern es nicht möglich ist betriebliche Durchschnittspreise für Jungsauen/Jungeber zu ermitteln, werden diese im Schadensfall lt. Antrag vom Versicherer ermittelt und festgesetzt.**

**b) Für Ferkel ist die Basis (=100 %) für die Ermittlung der Entschädigung der Ferkelpreis (31 kg) der Österreichischen Schweinebörse zum Zeitpunkt des Schadensereignisses.**

Für die Entschädigung kommt abhängig vom Alter der Tiere folgende Tabelle zur Anwendung:

Durchschnittliches Alter der Ferkel in Wochen	Entschädigung in % des Ferkelpreises (31 kg)
1	33
2	47
3	57
4	64
5	70
6	75
7	80
8	84
9	89
10	92
11	96
12	100

- c) Für Mastschweine und Läufer ist die Basis für die Ermittlung der Entschädigung der Notierungspreis (plus Mehrwertsteuer) der Österreichischen Schweinebörse zum Zeitpunkt des Schadensereignisses multipliziert mit einem Schlachtgewicht von 95 kg (= "theoretischer Schlachterlös"). Ausschlaggebend ist die Gewichtsangabe auf der Tierentsorgungsbestätigung. Ist keine Gewichtsangabe auf der Tierentsorgungsbestätigung vorhanden, wird das Gewicht vom Versicherer festgelegt. Für die Entschädigung kommt abhängig vom durchschnittlichen Lebendgewicht (LG) der verendeten Tiere folgende Tabelle zur Anwendung:

Durchschnittliches Lebendgewicht in kg	Entschädigung in % des „theoretischen Schlachterlöses“
30 < LG ≤ 40	55
40 < LG ≤ 50	60
50 < LG ≤ 60	65
60 < LG ≤ 70	70
70 < LG ≤ 80	75
80 < LG ≤ 90	80
90 < LG ≤ 100	85
100 < LG ≤ 110	90
110 < LG ≤ 120	95
120 < LG	100

- d) Für Muttersauen ist die Basis für die Ermittlung der Entschädigung der Notierungspreis (plus Mehrwertsteuer) der Österreichischen Schweinebörse zum Zeitpunkt des Schadensereignisses multipliziert mit der Gewichtsangabe auf der Tierentsorgungsbestätigung multipliziert mit dem Ausschaltungsfaktor von 75 %. Ist keine Gewichtsangabe für Muttersauen auf der Tierentsorgungsbestätigung vorhanden, wird das Gewicht vom Versicherer festgelegt.
- e) Für Jungsauen ist die Basis für die Ermittlung der Entschädigung der Jungsauenpreis pro Stück gemäß lit. a. Entschädigt wird maximal der Anteil vermarkteter Jungsauen pro Muttersau und Jahr gemäß Antrag. Bis zu einem Alter von 12 Wochen (84 Tage) werden die Tiere gemäß lit. b entschädigt. Für Tiere ab dem 85. Tag kommt die Entschädigung abhängig vom durchschnittlichen Alter in Tagen der verendeten Tiere folgende Tabelle zur Anwendung:

Durchschnittliches Alter der verendeten Tiere in Tage pro Jungsau	Entschädigung in % des "Jungsauenpreises"
85 - 96	30
97-109	40
110-122	50
123-135	60
136-148	70
149-161	80
162-174	90
175-259	100
260-278	150
279-297	155
298-316	160
317<	165

- f) Für Jungeber ist die Basis für die Ermittlung der Jungeberpreis pro Stück gemäß lit. a. Entschädigt wird der Anteil vermarkteter Jungeber pro Muttersau und Jahr gemäß Antrag. Bis zu einem Alter von 12 Wochen (84 Tage) werden die Tiere gemäß lit. b entschädigt. Für

Tiere ab dem 85. Tag kommt die Entschädigung abhängig vom durchschnittlichen Lebendgewicht der verendeten Tiere folgende Tabelle zur Anwendung. Ist keine Gewichtsangabe für Jungeber auf der Tierentsorgungsbestätigung vorhanden, wird das durchschnittliche Lebendgewicht vom Versicherer festgelegt.

Durchschnittliches Lebendgewicht der verendeten Tiere in kg pro Jungeber	Entschädigung in % des "Jungeberpreises"
30 < LG ≤ 40	7
40 < LG ≤ 50	9
50 < LG ≤ 60	12
60 < LG ≤ 70	15
70 < LG ≤ 80	20
80 < LG ≤ 90	25
90 < LG ≤ 100	35
100 < LG ≤ 110	50
110 < LG ≤ 120	75
120 < LG	100

- g) Der Mindestschaden pro Schadensereignis vor Abzug des Selbstbehaltes beträgt in den Produktionsrichtungen Schweinemast und Jungsauen-/Jungeberproduktion 1.000 Euro sowie in der Ferkelerzeugung 500 Euro. Schäden über dem Mindestschaden im Antragsjahr und bis zum 31. März des Folgejahres werden unter Abzug von 10 % Selbstbehalt von der Entschädigung ausbezahlt, wenn ein Wartungsgutachten eines konzessionierten Elektrofachbetriebes, das zum Zeitpunkt des Schadens nicht älter als 15 Monate ist, vorgewiesen werden kann. Kann kein Wartungsgutachten vorgewiesen werden oder ist das Wartungsgutachten älter als 15 Monate, werden Schäden unter Abzug von 35 % Selbstbehalt von der Entschädigung ausbezahlt. In den Folgejahren werden Schäden über dem Mindestschaden unter Abzug von 10 % Selbstbehalt von der Entschädigung ausbezahlt, wenn ein aktuelles Wartungsgutachten eines konzessionierten Elektrofachbetriebes, das nicht älter als 3 Monate sein darf, bis 31. März der laufenden Versicherungsperiode beim Versicherer eingelangt ist. Wenn kein oder kein aktuelles Wartungsgutachten durch einen konzessionierten Elektrofachbetrieb bis 31. März der laufenden Versicherungsperiode beim Versicherer eingelangt ist, kommt ein Selbstbehalt von 35 % von der Entschädigung zur Anwendung. Wird das Wartungsgutachten nach dem 31. März der aktuellen Versicherungsperiode dem Versicherer übermittelt, so beginnt die Haftung zu reduziertem Selbstbehalt in der Höhe von 10 % am 15. Tag um 00:00 Uhr nach Einlangen des Wartungsgutachtens beim Versicherer, wobei das Wartungsgutachten zum Zeitpunkt des Einlangens beim Versicherer nicht älter als 3 Monate sein darf.
- Ein aktuelles Wartungsgutachten gemäß Ziffer 2 in der laufenden Versicherungsperiode hat Gültigkeit bis zum 31. März des Folgejahres.
  - Wenn die tatsächliche Anzahl an Tieren/Tierplätzen im Schadensfall die im Antrag angeführte Anzahl an Tieren/Tierplätzen um mehr als 10 % übersteigt, wird die Entschädigungsleistung aliquot gekürzt.
  - Verwertungserlöse und Entschädigungen aus anderen Versicherungen oder aus öffentlichen Mitteln, sowie Entschädigungen aus einem Gruppenvertrag, der dasselbe Risiko abdeckt, werden in Abzug gebracht. Das gilt auch in dem Fall, wenn der VN einen Ersatzanspruch aus anderen

Versicherungen und öffentlichen Mitteln gehabt hätte, diesen aber vorsätzlich oder schuldhaft nicht erhalten hat.

### **Artikel 8 Prämie**

1. Die Prämie für das Risiko Tierseuchen ist das Produkt aus der Versicherungssumme und dem vom Versicherer für die jeweilige Produktionsrichtung festgelegten Tarif.
2. Die Prämie für das Risiko Lüftungsausfall wird vom Versicherer je Mastplatz bzw. je Muttersau festgelegt.
3. Die Prämie ist spätestens 2 Wochen nach dem Erhalt der Polizze bzw. der Aufforderung zur Prämienzahlung fällig. Der Versicherer ist berechtigt, bei Nichteinhaltung der in diesem Punkt festgesetzten Zahlungsfristen Verzugszinsen zu verrechnen. Für die Folgen nicht rechtzeitiger Prämienzahlung gelten die Bestimmungen der §§ 38, 39 und 39a Versicherungsvertragsgesetz.
4. Bei länger als 60 Tagen dauernden nicht schadensbedingten Betriebsunterbrechungen und dadurch nachweislich leer stehenden Stallungen wird die Prämie nach Bekanntgabe binnen 14 Tagen durch den VN für jede gemeldete Produktionsrichtung pro rata temporis ab dem Zeitpunkt der Meldung an den Versicherer berechnet. Kürzere Unterbrechungen werden in der Prämienberechnung nicht berücksichtigt. Nach einem ersatzpflichtigen Schaden in der laufenden Versicherungsperiode wird jedenfalls die gesamte Jahresprämie vorgeschrieben.
5. Ist der beantragte Versicherungsgegenstand bereits in einem Gruppenvertrag versichert, so wird eine reduzierte Prämie vorgeschrieben. Bei Wegfall des Gruppenvertrages wird die volle Prämienhöhe vorgeschrieben.

### **Artikel 9 Änderung der Versicherungsbedingungen und der Tarife**

1. Sollte der Versicherer in einem Jahr den Tarif über die im unmittelbar vorangegangenen Jahr berechneten Tarif erhöhen oder die dem Vertrag zugrunde liegenden Versicherungsbedingungen sowie die am Antrag angeführten Entschädigungssätze in einer für den VN ungünstigeren Weise ändern, so steht jedem VN alleine das Recht zu, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen. Das Recht zur Kündigung erlischt in diesem Fall, wenn sie nicht innerhalb von zwei Wochen nach Erhalt der Verständigung über die Prämienhöhung oder über die Änderung der Bedingungen oder nach Vorlage einer zu erhöhten Prämie oder zu geänderten Bedingungen ausgestellten Polizze beim Versicherer schriftlich eingeschrieben einlangt.
2. Das Recht zur Kündigung besteht nicht bei einer Erhöhung der Gebühren und Abgaben.

### **Artikel 10 Besitzwechsel**

1. Bei einer Veräußerung des versicherten Betriebes tritt an Stelle des Veräußerers der Erwerber in die während der Dauer seines Eigentums aus dem Versicherungsverhältnis sich ergebenden Rechte und Pflichten des VN ein.
2. Für die Prämie der Versicherungsperiode, in die der Eigentumswechsel fällt, haften der Veräußerer und der Erwerber als Gesamtschuldner.
3. Der Versicherer hat in Ansehung der durch das Versicherungsverhältnis gegen ihn begründeten Forderungen die Veräußerung erst dann gegen sich gelten zu lassen, wenn er von ihr Kenntnis erlangt; die Vorschriften der §§ 1394 – 1396 des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches finden entsprechend Anwendung.

4. Über die Veräußerung ist vom Veräußerer oder vom Erwerber dem Versicherer unverzüglich schriftliche Anzeige zu erstatten. Die Tatsache der Veräußerung ist auf Verlangen des Versicherers glaubhaft nachzuweisen. Wird diese Anzeige weder von dem einen noch von dem anderen unverzüglich gemacht, so ist der Versicherer für alle Schäden, die nach dem Ende der Versicherungsperiode eintreten, in welcher die Anzeige hätte zugehen müssen, von der Verpflichtung zur Leistung frei. Diese Rechtsfolge tritt nicht ein, wenn der Versicherer von dem Eigentumswechsel so früh Kenntnis erlangt hat, dass er zum Ende der Versicherungsperiode kündigen konnte.
5. In den Fällen der Ziffer 1 kann der Versicherer dem Erwerber das Versicherungsverhältnis für den Schluss der Versicherungsperiode kündigen, in welcher er von dem Eigentumsübergang Kenntnis hat.
6. Der Erwerber ist berechtigt, das Versicherungsverhältnis zu kündigen. Die Kündigung kann mit sofortiger Wirkung oder auf den Schluss der laufenden Versicherungsperiode erfolgen. Das Kündigungsrecht erlischt, wenn es nicht innerhalb eines Monats nach dem Erwerb ausgeübt wird; hat der Erwerber von der Versicherung keine Kenntnis, so bleibt das Kündigungsrecht bis zum Ablauf eines Monats von dem Zeitpunkt an bestehen, in welchem der Erwerber von der Versicherung Kenntnis erlangt.
7. Wird das Versicherungsverhältnis aufgrund der Bestimmungen der Ziffer 5 oder 6 gekündigt, so hat der Veräußerer die Prämie bis zum Zeitpunkt der Auflösung des Versicherungsverhältnisses an den Versicherer zu bezahlen; eine Haftung des Erwerbers gemäß Ziffer 2 findet in diesem Fall nicht statt.
8. Bei einer Zwangsversteigerung des versicherten Betriebes finden die Vorschriften in Ziffer 1 bis 7 entsprechende Anwendung.
9. Erwirbt jemand aufgrund eines Nießbrauches, eines Pachtvertrages oder eines ähnlichen Verhältnisses die Berechtigung, die Stallungen zu nutzen, so finden die Vorschriften der vorstehenden Ziffern entsprechende Anwendung.
10. Wenn über das Vermögen des VN der Konkurs oder das Ausgleichsverfahren eröffnet oder die Zwangsverwaltung des versicherten Betriebes angeordnet wird, kann der Versicherer das Versicherungsverhältnis mit Einhaltung einer Kündigungsfrist von einem Monat kündigen.
11. Beim Tode des VN gehen alle aus dem Versicherungsvertrag sich ergebenden Rechte und Pflichten auf die Erben über.

### **Artikel 11 Gerichtsstand, Zustellung**

1. Für alle aus dem Versicherungsverhältnis entstehenden Rechtsstreitigkeiten gilt der allgemeine Gerichtsstand.
2. Hat der VN seinen Wohn- bzw. Geschäftssitz geändert, die Änderung aber dem Versicherer nicht angezeigt, so genügt für eine Erklärung, die dem VN gegenüber abzugeben ist, die Absendung eines Briefes nach der letzten, dem Versicherer bekannten Adresse. Die Erklärung wird in dem Zeitpunkt wirksam, in dem sie ohne die Änderung bei regelmäßiger Beförderung dem VN zugegangen wäre.

### **Artikel 12 Sonstige Bestimmungen**

1. Für alle Anzeigen und Erklärungen, die aufgrund des Gesetzes oder des Vertrages vom Versicherer, vom VN oder von einem Dritten zu machen sind, wird die schriftliche Form bedungen.
2. Schriftliche Erklärungen können in jeder lesbaren Form, also auch

- mit Telefax oder
- im Wege elektronischer Datenübertragung  
vorgenommen werden.

Weist eine zugegangene Erklärung keine eigenhändige Unterschrift, firmenmäßige Zeichnung oder sichere elektronische Signatur auf, so kann der VN bzw. der Versicherer eine Nachreichung der Erklärung mit Originalunterschrift verlangen.

Eine Frist für Erklärungen bleibt gewahrt, wenn dem Verlangen auf Nachreichung der Erklärung in der erbetenen Form in angemessener Frist entsprochen wird.

3. Alle von den vorliegenden Versicherungsbedingungen abweichenden oder sonstigen besonderen Vereinbarungen sind nur dann gültig, wenn hierüber eine schriftliche Erklärung des Versicherers erfolgt ist.
4. Willenserklärungen des Versicherungsnehmers, insbesondere Kündigungen gegenüber Vertretern, sind erst wirksam, wenn sie beim Versicherer an seinem Sitz angelangt sind.